

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr aus gegeben.

Preis für das Vierteljahr 1½ Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Der Gustav-Adolf-Verein und die Protestanten in Ungarn.

Der Pester Lloyd enthält folgenden Artikel aus Presburg vom 7. Jan.: „Die Magyar Sajto vom 5. Jan. enthält einen langen Aufsatz mit der Ueberschrift „Der Gustav-Adolf-Verein und das evangelische Lyceum in Presburg“, welcher die hiesigen evangelischen Kreise sehr unangenehm berührt. Der Verfasser hat offenbar über eine Sache gesprochen, in die er nicht gehörig eingeweiht ist. Anknüpfend an die auch in diesen Blättern mitgetheilten Briefe des Gustav-Adolf-Vereins an den Vorstand der presburger evangelischen Gemeinde, bemerkt er, daß dieser einer Aneiferung von außen wol nicht bedürfe, um seinen Pflichten nachzukommen; der Verfasser liebe die Art und Weise nicht, wie eine fremde Regierung irgendeine verwandte Kirche in Ungarn zu unterstützen suchte, weil man in dieser Art und Weise gewisse politische Zwecke nicht verlernen konnte; daß er es aber ebenso wenig heilsam finde, wenn unter dem Vorwande der protestantischen Theilnahme und Sympathie die hegemonistischen Bestrebungen Preußens sich auf die österreichische Monarchie und hier wieder besonders auf jene Theile, welche nicht zu Deutschland gehören, erstrecken würden. Zur Beruhigung des Verfassers können wir versichern, daß der Gustav-Adolf-Verein bei seinen mildthätigen Gaben durchaus keine politischen Zwecke verfolgt, was auch die hohe Regierung offen anerkennt, indem sie den Verkehr zwischen ihm und den Protestanten Oesterreichs gestattet. An der Spitze jenes Vereins steht keine politische Macht; er wird gebildet aus Mitgliedern der evangelischen Kirchen Deutschlands, der Schweiz, der Niederlande, und im letzten Jahre sind auch in Frankreich, in Schweden, ja selbst in Bukarest Zweigvereine entstanden. Seine Gelder sammelt er nicht aus Regierungskassen, sondern durch die großentheils freiwilligen Beiträge der zahlreichen Mitglieder. Der Sitz des Centralvorstandes ist nicht in Preußen, sondern in Leipzig, und weder die preussische noch sonst eine Regierung übt einen Einfluß auf die Vertheilung seiner Spenden. Sein Zweck ist einzig und allein die Unterstützung armer evangelischer Gemeinden ohne Unterschied der Sprache oder des Landes. Wir glauben nicht, daß es die Protestanten Oesterreichs der Magyar Sajto Dank wissen möchten, wenn es ihr, was wir übrigens nicht befürchten, gelingen würde, das Wirken des Vereins zu verdächtigen und ihm die Grenzen unserer Monarchie zu verschließen. Haben doch allein im jüngstvergangenen Jahre in den deutschen und böhmischen Kronländern Oesterreichs 42 Gemeinden die namhafte Summe von 9782 Thln. und 18 Gemeinden Ungarns 5676 Thlr. erhalten. So manche Kirche, so manche Schule wäre ohne seine Unterstützung nicht entstanden. Der Centralvorstand gibt der Lehranstalt in Oberschützen fünf Jahre lang einen jährlichen Beitrag von 3000 Fl., und nur dadurch ist es möglich geworden, dem Institut, welches eine Elementarschule, ein Schullehrerseminar, eine Realschule und ein Gymnasium besitzt, das Deffentlichkeitsrecht zu erwerben. Was nun aber die oben erwähnten Briefe, welche der Magyar Sajto zu jenen Expectationen Anlaß gaben, anbelangt, so möge Folgendes zur Aufklärung dienen: Die vorjährige, am 11. Sept. zu Heidelberg abgehaltene Hauptversammlung des Gesamtvereins besuchte auch der emeritirte Superintendent Stromsky, um unserm Lyceum eine Unterstützung zu erwerben. „Mit festem treuherzigem Vertrauen“, so schloß er seine warme Ansprache, „legt nun meine Gemeinde das Schicksal ihrer Schule, ihr Sein und Nichtsein in Ihre Hände, an Ihr edles Herz. Vollenden Sie, was der reinste aufopferndste Wille zum Segen der gesammten evangelischen Kirche in Ungarn begonnen hat, jedoch nicht vollenden kann. Zwei Lehrstühle fehlen uns noch, aber auch die Mittel zu ihrer Gründung und Erhaltung. Gewähren Sie uns mit hochherzigem Sinne diese Mittel auf einige Jahre, bis der Herr uns wieder freundlichere Tage erscheinen läßt. Tausend und tausend evangelische Herzen werden Sie dafür noch in der Todesstunde segnen.“ Der Verein erfüllte diesen Wunsch, indem er der Schule fünf Jahre hindurch einen jährlichen Beitrag von 1600 Fl. zusicherte. In dem einen jener Briefe wird dies dem Vorstande der Gemeinde angezeigt, in dem andern erklärt der Verein, daß, wenn er auch die zwei Professoren bezahlt, er doch auf ihre Wahl nicht den geringsten Einfluß nimmt; wol aber wünsche er, daß die Anstalt den Forderungen der hohen Regierung gemäß der deutschen Sprache Rechnung trage, den bestehenden Vorschriften Genüge leiste, um das Deffentlichkeitsrecht zu erlangen, ohne welches sie ihrer Aufgabe niemals vollkommen entsprechen kann. Und nun urtheile man, ob der Gustav-Adolf-Verein damit der preussischen Hegemonie in die Hände arbeitete?“ (Den neuesten Beschluß des evangelischen Convents in dieser Angelegenheit haben wir bereits in Nr. 9 mitgetheilt. D. Red.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 11. Jan. Wie die frankfurter Blätter melden, hat die Bundesversammlung in Ausführung ihres Beschlusses vom 7. Nov. 1851 in der gestrigen Sitzung beschlossen, den wesentlichen Inhalt ihrer Verhandlungen, freilich nur „soweit sich diese überhaupt zur Bekanntmachung eignen“, von Anfang dieses Jahres an durch die Tagblätter, und zwar zunächst durch die am meisten verbreiteten hiesigen Zeitungen, zu veröffentlichen. Wenn auf diese Weise ein vielfach gefühltes Bedürfnis befriedigt werde, so werde unberechtigten, den Sachverhalt häufig entstellenden Mittheilungen um so entschiedener entgegengetreten werden können.

Preußen. — Berlin, 13. Jan. Hr. v. Seebach ist, auf der Rückreise von Petersburg begriffen, gestern hier eingetroffen. Nach kurzem Aufenthalt reiste derselbe nach Dresden weiter. Die Rückreise nach Paris dürfte er wahrscheinlich schon heute antreten. In unterrichteten Kreisen will man wissen, daß Hr. v. Seebach, entsprechend der Aufgabe, die ihm von Seiten des Kaisers Napoleon zutheil geworden war, auch von Seiten des Kaisers Alexander noch besondere Erläuterungen zu den russischen Gegenvorschlägen nach Paris zu überbringen habe. Ob dieser Umstand geeignet ist, die Sache des Friedens zu fördern, bleibt natürlich abzuwarten; hier scheinen indessen die guten Hoffnungen, die man noch vor einigen Tagen haben zu dürfen glaubte, merklich sinken zu wollen. Es scheinen bereits vorläufige Andeutungen aus Paris darüber vorzuliegen, daß die russischen Gegenvorschläge, und ganz besonders diejenigen, welche sich auf die Neutralisation des Schwarzen Meeres beziehen, wenig oder vielmehr gar keine Aussicht auf Annahme von Seiten der Westmächte hätten. Der russische Militärbevollmächtigte am hiesigen Hofe, Graf Benkendorff, welcher sich bekanntlich seinerzeit nach Nikolajew zum Kaiser Alexander begeben hatte und seitdem von hier abwesend war, ist, von Petersburg kommend, gestern Abend auf seinen hiesigen Posten wieder eingetroffen. Derselbe soll, wie man hört, die russischen Gegenvorschläge in extenso mit hierhergebracht haben.

Die gestrige Sitzung des Herrenhauses war hauptsächlich dem Andenken des verstorbenen Präsidenten dieses Hauses, des Fürsten v. Pless, gewidmet. Eine entschiedene Opposition hat sich, wenn auch erfolglos, im Schooße der Justizcommission gegen die projectirte Aufhebung des Art. 88 der Verfassungsurkunde gezeigt. Dieser Artikel bestimmt, daß den Richtern andere befoderte Staatsämter nicht übertragen werden dürfen. Hervorgehoben wurde von der Opposition, daß die Beibehaltung dieser Bestimmung im Interesse der Unabhängigkeit des preussischen Richterstandes dringend zu wünschen sei. Bei der Abstimmung blieb die Opposition indessen mit 2 gegen 9 Stimmen in der Minderheit. — Das Haus der Abgeordneten dürfte wahrscheinlich morgen oder übermorgen bereits mit der Berathung des Budgets beginnen.

Berlin, 12. Jan. Aus Petersburg wird hierhergemeldet, daß der Kaiser Alexander in Bezug auf die bevorstehende Wahl eines neuen katholischen Erzbischofs befohlen habe, daß die Bestimmungen der Uebereinkunft mit dem päpstlichen Stuhle bei dieser Wahl streng und genau beobachtet werden sollen und die russischen Staatsbehörden sich von jeder unberechtigten Beeinflussung der Wahl fernzuhalten hätten. Zugleich soll der Kaiser angeordnet haben, daß jeder betreffende katholische Bischof in den Stand gesetzt werde, der Wahl eines Erzbischofs in Wilna beizuwohnen zu können. Aus Mangel an Reisemitteln sollen früher mehre katholische Bischöfe die Reise zu einer solchen Wahl nach Wilna nicht haben unternehmen können. Dieser Anordnung des Kaisers von Rußland wird in den hiesigen diplomatischen Kreisen eine besondere Bedeutung beigemessen, da man in derselben gewissermaßen eine Rücksicht für die katholischen Großmächte Frankreich und Oesterreich von Seiten des Kaisers Alexander erblicken will. — Die Gegenvorschläge Rußlands sollen nun auch hier bekannt geworden sein. In mehren Punkten habe Rußland nachgegeben, es sei jedoch sehr zweifelhaft, ob die Westmächte und Oesterreich dadurch befriedigt sein würden.

— Man schreibt der National-Zeitung aus Dresden vom 8. Jan.: „Ueber die Reise des Hrn. v. Seebach nach Petersburg ist soviel Irrthümliches verbreitet, daß es der Mühe verlohnt, aus sicherer Quelle einige Mittheilungen zu machen. Kaiser Napoleon hatte die sächsische Regierung für eine Einwirkung auf das petersburger Cabinet zu interessiren genutzt, und diese bemühte sich auch in der That durch freundliche Vorstellungen in Petersburg für die Sache des Friedens. Eine solche Vermittelung der deutschen Mittelstaaten kam indessen dem wiener Cabinet sehr ungelogen und mochte nicht ohne Einfluß auf dessen Entschluß geblieben sein, mit den Westmächten sich über ein an Rußland zu stellendes Ultimatum zu vereinbaren. Die Verhandlungen führten zur Aufstellung jener Forderungen, welche Graf Esterházy nach Petersburg gebracht hat. Von dem Augenblicke der Verständi-